

## Hauptausschuß für Kriegs- und Uebergangswirtschaft.

Gestern fand unter dem Vorsitz des Handelsministers Dr. Urban die erste Sitzung des Hauptausschusses für Kriegs- und Uebergangswirtschaft statt, an der mehr als hundert Mitglieder teilnahmen.

Der Handelsminister begrüßte die Anwesenden und stellte mit Befriedigung fest, daß der Hauptausschuß der erste staatliche Beirat ist, in dem sich die Vertreter der industriellen Organisationen mit jenen der Arbeitererschaft in so stattlicher Anzahl zusammensuchen. Dies berechtige zu der Erwartung, daß es diesem Zusammenwirken der beiden Gruppen gelingen werde, unter dem einigenden Einfluß der Gemeinsamkeit der Interessen einen Ausgleich auch dort zu finden, wo natürliche Gegensätze vorhanden sind.

Der Minister führte weiter aus, daß die Tätigkeit des Hauptausschusses sich nicht nur auf die Uebergangswirtschaft, sondern auch auf alle Maßnahmen der Kriegswirtschaft zu erstrecken haben wird, und gab der Meinung Ausdruck, daß manche falsche Auffassung über kriegswirtschaftliche Maßnahmen sowie über den Zweck und die Arbeitserfolge der aus Anlaß des Krieges gegründeten Wirtschaftsorganisationen hätte vermieden werden können, wenn schon früher die Gelegenheit geboten gewesen wäre, in einem größeren Kreis wirtschaftlicher Fachleute die notwendigen Aufklärungen zu geben. Auch dürfe aus den vielen unbekanntem Größen, mit denen heute hinsichtlich der Uebergangswirtschaft noch zu rechnen ist, keineswegs die Forderung abgeleitet werden, daß die Vorarbeiten des Hauptausschusses lediglich einen theoretischen Wert haben können. Wir dürfen nicht blind darauf vertrauen, daß ebenso wie die feinerzeitige Umstellung der Friedenswirtschaft in die Kriegswirtschaft, auch die umgekehrte Anpassung sich gleichsam automatisch vollziehen wird; wir müssen vielmehr für die Findung der neuen Wege möglichst vorbereitet sein, und zwar so, daß uns alle eintretenden Erscheinungen festgerüstet antreffen.

Nachdem der Handelsminister die wichtigsten Probleme, deren Lösung während der Uebergangswirtschaft notwendig werden dürfte, erörtert hatte, wies er darauf hin, daß die Gestaltung, die unsere wirtschaftlichen Verhältnisse durch den Krieg erhalten haben, einen schrittweisen Abbau nach der Richtung der freien wirtschaftlichen Betätigung bedinge. Ein gewisses Ausmaß von Beschränkungen und von staatlicher Regelung werde sich im Interesse der Gesamtheit und des Staates auch nach Eintritt des Friedens nicht vermeiden lassen. Hier aber müsse der Grundsatz gelten, daß die staatliche Zügelung nur auf das durch die Verhältnisse gebotene Maß beschränkt sein müsse und daß jedes Ziel an behördlicher Einflußnahme schädlich wäre. Die stärkste Sicherung gegen Bedenken nach dieser Richtung biete die Organisation des Hauptausschusses. Denn hier sei eine neue Form der wirtschaftlichen Selbstverwaltung geschaffen worden, die, in engster Berührung mit den staatlichen Organen stehend, jederzeit einen Spielraum freier Betätigung haben und daher in der Lage sein wird, einen maßgebenden Einfluß auf die Verfügungen der Staatsverwaltung zu nehmen.

Für die volle Rückkehr zu jenen wirtschaftlichen Verhältnissen, wie sie vor dem Kriege bestanden haben, bestehe wohl keine Aussicht. Mannigfaltige Fäden wurden durch den Krieg abgerissen, manche aber auch neu geknüpft. Die gesamte Volkswirtschaft werde vielfach neue Wege gehen müssen; diese vorzubereiten, sei die wichtigste Aufgabe des Hauptausschusses.

Der Handelsminister gab auch der Hoffnung Ausdruck, daß der Kampf der Waffen keine Fortsetzung auf dem Boden der Wirtschaftspolitik finden möge, und bezeichnete es als letztes Ziel, dem auch der Hauptausschuß zustreben müsse, einen allmählichen Abbau der Kriegsmassnahmen und der Kriegsorganisationen nach Friedensschluß durchzuführen und die natürlichen, die Volkswirtschaft beherrschenden Grundsätze nach und nach wieder in volle Kraft treten zu lassen.

Nachdem der Minister noch die Einrichtung und Aufgaben der Unterausschüsse besprochen und der neugeschaffenen Organisation vollsten Erfolg für ihre Beratungen gewünscht hatte, nahm das Mitglied des Hauptausschusses Präsident Kuffler vom industriellen Gesichtspunkt aus Stellung zu den Aufgaben des Hauptausschusses. Er begrüßte es, daß zum erstenmal seit Ausbruch des Krieges eine wirklich repräsentative Körperschaft, die Industrie, Handel, Gewerbe und Konsumenten vertritt, zusammenberufen worden sei, um in großen wirtschaftlichen Fragen ein entscheidendes Votum abzugeben. Der Redner pflichtete der Ansicht des Handelsministers bei, daß der Zustand der Gebundenheit, der vielleicht auch nach Eintritt des Friedens noch eine gewisse Zeit bestehen werde, von möglichst kurzer Dauer sein und bald wieder der freien Betätigung des Unternehmergeistes weichen müsse. Sache des Hauptausschusses werde es sein, diesen Uebergang zur freien Wirtschaft schrittweise zu finden.

Hierauf nahm Handelsminister Dr. Urban die Angelegenheit der erschienenen Mitglieder des Hauptausschusses vor und schritt zur Wahl der Unterausschüsse, und zwar des Rohstoff-, Finanz- und Sozialpolitischen Ausschusses. Die Wahl des Verkehrsausschusses wurde jenem Zeitpunkt vorbehalten, in dem auch die Vertreter des Handels, der Expedition und der Schifffahrt ihre Vertretung im Hauptausschuß gefunden haben werden.

Der Hauptausschuß sahte im Sinne der Anträge der Mitglieder Generaldirektor Günther, Bürgermeister Dr. Weiskirchner und Direktor Neurrath den Beschluß, vorkünftig nur

die seitens des Arbeitsausschusses in Vorschlag gebrachten Mitglieder durch Applikation in die einzelnen Ausschüsse zu wählen und den Arbeitsausschuß zu ermächtigen, gegen nachträgliche Genehmigung durch den Hauptausschuß Kooptierungen in die Unterausschüsse vorzunehmen. Mitglied des Hauptausschusses, Präsident des Bundes österreichischer Industrieller Bletter brachte nun der Versammlung die Vorschläge für die Wahlen in die erwähnten Ausschüsse zur Kenntnis, die vom Hauptausschuß genehmigt wurden. Auf Antrag des Mitgliedes des Hauptausschusses Herrenhausmitgliedes Singler wurde beschlossen, den Rohstoffausschuß schon im Laufe der allernächsten Zeit zu Sitzungen einzuberufen.

Nach Beendigung der Tagesordnung wurden zwei Anträge des Mitgliedes kais. Rates Perschak betreffend die Verarbeitung der von verschiedenen Stellen gesammelten wirtschaftsstatistischen Daten und betreffend eine Arbeiterstatistik für Zwecke der künftigen Demobilisierung den für diese Angelegenheiten zuständigen Unterausschüssen zugewiesen.